

Der Saar-Bergknappe

Organ des Gewerksvereins christl. Bergarbeiter Deutschlands für das Saargebiet

Erscheint jeden Samstag für die Mitglieder gratis. — Preis für die Jahrestellenabonnenten 5.— Fr. monatl. ohne Votenlohn. für die Postabonnenten 15.— Fr. vierteljährl.

Für wirtschaftliche u. geistige Hebung des Bergarbeiterstandes

Geschäftsstelle des „Saar-Bergknappen“: Saarbrücken 2, St. Johanner Straße 49. — Fernsprech-Anschluß: Amt Saarbrücken, Nummer 1530, 1002, 2003, 3194.

Die Lebensquellen der christlichen Gewerkschaften

Jedes Leben und jede Lebensgemeinschaft hat ihre Quellen, aus denen Dasein und Lebensäußerung gespeist wird. Sitt das von Familie, Staat und Kirche, so auch von den beruflichen und händischen Gemeinschaften, bis zur deutschen Arbeiterbewegung allgemein und den christlichen Gewerkschaften im besonderen. Soweit die letzteren in Frage kommen, sind diese Lebensquellen heute noch ebenso lebendig wie ehemals, sonst wäre die Bewegung schon längst dem vereinten Ansturm ihrer verschiedensten Gegner erlegen.

Eine dieser Lebensquellen — welche die christlichen Gewerkschaften übrigens mit der deutschen Gewerkschaftsbewegung insgesamt gemein hat — ist das natürliche und notwendige Bedürfnis nach korporativem Zusammenhalt, der im modernen Arbeiterstande bewußt oder unbewußt vorhanden ist. Eine Erscheinungsform dieses Bedürfnisses ist die deutsche Gewerkschaftsbewegung, keineswegs etwa das Ergebnis der Wirksamkeit künstlicher Faktoren (Auspeitschung der Massen, Säherung der Anzuseidenheit, Klache der Führer usw.), wie das früher oftmals angenommen wurde. Die Stellung des einzelnen Arbeiters in der modernen Wirtschaft (Machtlosigkeit, Einflußlosigkeit, Hilflosigkeit, ungenügende Wertung usw.) bringt ihn auf die Dauer ganz naturgemäß zu einer Verbindung mit seinen Berufs- und Standesgenossen, um in gemeinsamer Arbeit sein Dasein und seine Stellung sowohl innerhalb der Wirtschaft wie darüber hinaus auch im gesamten Sozialleben des Volkes zu verbessern. Die Erscheinungsform der Verbindung mit dieser Zwecksetzung nach der wirtschaftlich-sozialen Seite ist in der Zeitepoche des modernen Kapitalismus die gewerkschaftliche Organisation. Die Arbeiterschaft folgt hier übrigens genau denselben ungeschriebenen Gesetzen wie die Angehörigen anderer Stände. Auch sie hatten und haben ihre Selbsthilfe-Organisationen der verschiedensten Art, weil der einzelne auf den in Frage kommenden Gebieten sich nicht genügend behaupten, bezw. zum Ziele kommen kann.

Eine zweite Lebensquelle der christlichen Gewerkschaften ist ihre geistige Fundamentierung in der christlichen Welt- und Lebensanschauung. Diese Fundamentierung ist ihnen eigentümlich und unterscheidet sie von den anderen Gewerkschaftsrichtungen in Deutschland grundfänglich. Diese Fundamentierung ist nicht eine negative, sondern eine positive. Sie erschöpft sich daher nicht in der Verneinung alles dessen bei der Arbeit der christlichen Gewerkschaften, was der christlichen Welt- und Lebensanschauung zuwider ist, sondern bejaht bewußt und gewollt die Lebenskräfte des Christentums für die Verwirklichung der Zielsetzung und bei der Anwendung der Mittel zur Erreichung des Zieles.

Daher bewußte Ablehnung sowohl der liberalen wie der sozialistischen Welt- und Lebensauffassung; daher bewußte Ablehnung des Klassenkampfes von oben wie von unten; daher bewußte Ablehnung der modernen händischen Wertung der Arbeit und des Arbeiters, die sowohl in der liberalen wie sozialistischen Welt- und Lebensauffassung sich vorfindet; darum bewußte Ablehnung des Nur-Machtgedankens und des Egoismus auf der einen Seite und bewußte Bejahung der Gerechtigkeit und Liebe als Regulatoren des gesamten Gemeinschaftslebens; bewußte Bejahung der christlichen Auffassung über die Arbeit; bewußte Bejahung der christlichen Auffassung über den Arbeiter als sittliche Persönlichkeit mit einer Ewigkeitsbestimmung; die bewußte Bejahung einer gesunden Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer; die bewußte Bejahung einer gleichberechtigten und gleichwertigen Stellung des Arbeiters innerhalb des

Gemeinschaftslebens; die bewußte Bejahung einer opferbereiten Hingabe an die Gemeinschaft usw. auf der anderen Seite. Aus dieser Einstellung ergibt sich auch eine bewußte Bejahung eines innigsten Verhältnisses zwischen christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitern, Arbeiterinnen, Gesellen- und Jugendvereinen, da die christlichen Gewerkschaften in dem Arbeiter nicht den ganzen Menschen erfassen können, der ganze Mensch aber im Interesse des Aufstiegs des Arbeiterstandes erfasst werden muß. Da die christlichen Gewerkschaften die christliche Auffassung über das Verhältnis von Geist und Materie, Seele und Leib, Christentum und Wirtschaft bejahen, so bejahen die christlichen Gewerkschaften auch ihre geistige Fundamentierung grundfänglich und dauernd. Ja, müssen es, oder sie werden nicht mehr sein.

Eine dritte Lebensquelle der christlichen Gewerkschaften ist der lebendige Wille ihrer Anhänger, Führer wie Geführten. Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften wie auch die Führer derselben stehen zur Bewegung lehrlich und zu tiefst aus ideell-weltanschaulichen Gründen. Das jeelisch-religiöse in ihnen ist die Triebkraft, daß sie den christlichen Gewerkschaften angehören und sich in ihrem Dienste betätigen; davon auch nicht ablassen, selbst wenn sie Spott und Schen, Verdächtigung und Verfolgung dafür ernten. Sie wollen die christlichen Gewerkschaften, weil nach ihrer klaren Erkenntnis und unerschütterlichen Überzeugung die christlichen Gewerkschaften den einzig soliden Boden abgeben, auf dem der Aufstieg und die Standwerdung des Arbeiterstandes mit absoluter Sicherheit möglich ist. Dabei wissen sie ganz gut, daß

dieser Aufstieg und die Standwerdung — genau wie bei den alten Ständen — nur allmählich vor sich gehen, das Ergebnis der Arbeit vieler Generationen sein kann. Darum lassen sie sich auch nicht durch die langsamen Fortschritte entmutigen, können keine Rückschläge in ihrem Glauben an die Bewegung und ihre Mission wankend machen. Sie bleiben der Idee und der Bewegung treu und arbeiten aus Pflichtbewußtsein und sittlicher Verantwortung heraus an ihrer Stärkung. Sinken sie ins Grab, so treten andere in ihre Fußstapfen und führen das Werk weiter. Daß bisher die Arbeit nicht vergebens war, zeigt die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften. Dieser Wille war in der Vergangenheit lebendig, ist es heute und wird es auch in Zukunft sein.

Diese drei Lebensquellen garantieren Bestand und gesunde Entwicklung der christlichen Gewerkschaften. Gewiß kann es vorübergehend aus verschiedenen Gründen mal zu einer Stagnation oder gar zu einem Rückgang der Bewegung kommen. Diese Perioden werden aber immer wieder überholt durch andere, in der ein gesundes Fortwärtsschreiten zu beobachten ist. Auch gegenwärtig herrscht innerhalb der christlichen Gewerkschaften Leben und Bewegung nach vorwärts. Allenthalben wird eine rührige Werbearbeit entfaltet, und deutlich lassen sich Fortschritte verfolgen. Seltet jedes Mitglied mit, daß ein kräftiger Auf nach vorwärts erfolgt, sowohl hinsichtlich der Mitgliederzahl, als auch hinsichtlich der inneren Stärkung. Das ist die beste Voraussetzung für den weiteren Aufstieg des deutschen Arbeiterstandes.

Heint. M u d e r, Düsseldorf.

Stand der Sozialversicherung in Elsaß-Lothringen

Unermüßliches Eintreten des Unabhängigen Gewerkschaftsbundes für Erhöhung der Leistungen.

In Elsaß-Lothringen gilt noch die deutsche Sozialversicherungsgesetzgebung, die bei Beendigung des Krieges in Kraft war. Vor dem Kriege wurde diese Sozialversicherung viel angefeindet; besonders scharf durch die Sozialisten. Sie bezeichneten die Leistungen der Sozialversicherung als „Bettelsuppen“. Mit allen Mitteln versuchten sie, die Sozialversicherung bei der Arbeiterschaft in Mißkredit zu bringen.

Nachdem Elsaß-Lothringen an Frankreich gefallen war, wurde es damit anders. Die Sozialisten erkannten nunmehr, daß die deutsche Sozialversicherung der französischen weit voraus ist. In Frankreich besteht nämlich die schlechteste Sozialversicherungsgesetzgebung aller zivilisierten Staaten Europas. Das mag befremdlich klingen, ist aber traurige Tatsache. Nachdem die Sozialisten Elsaß-Lothringens diese Erkenntnis gewonnen, traten auch sie für die Erhaltung der deutschen Sozialversicherung in Elsaß-Lothringen ein. Es kam soweit, daß die in Elsaß-Lothringen bestehende Sozialversicherung vorbildlich für ganz Frankreich gepriesen wurde.

Mit dieser Anpreisung allein war aber den Versicherten nicht gedient. Die französische Währung erlitt auch erhebliche Wertminderungen. Dadurch wurde der Realwert der Leistungen der Sozialversicherung herabgesetzt. Also galt es nunmehr, für eine genügende Erhöhung der Leistungen der Sozialversicherung einzutreten.

Heute ist es so, daß gegenüber den Friedenslöhnen eine dreifache Erhöhung der Leistungen zu verzeichnen ist. Die Leuerung ist aber um mehr als das Sechsfache gestiegen. Daraus geht hervor, daß die Leistungen der Sozialversicherung gegenüber der Friedenszeit mehr als die Hälfte ihres Wertes eingebüßt haben.

Darunter leiden natürlich die Sozialrentner. Ihnen zu helfen, betrachtet der Unabhängige Gewerkschaftsbund als eine seiner Hauptaufgaben. Noch kürzlich trat der Vorsitzende des Bundes, Kollege Willger, in der französischen Kammer mit aller Wärme für eine zeitgemäße Aufbesserung der Leistungen ein. Ueber das Wirken des Unabhängigen Gewerkschafts-

bundes orientiert uns sein Organ, „Der Unabhängige Gewerkschaftler“, in der Nummer vom 1. Januar 1927 wie folgt:

„Der Unabhängige Gewerkschaftsbund hat im Laufe der letzten Jahre unermüßlich die Verbesserung der Leistungen der

Alters- und Invalidenrenten

gefordert. Besonders seit 1924, seitdem durch das Vertrauen der Arbeiterschaft unsere Vertreter in die Organe der Landesversicherungsanstalt gewählt wurden, haben wir unermüßlich der Erhöhung der Renten das Wort gesprochen. Eine Teuerungszulage von jetzt insgesamt 30 Fr. pro Monat ist das Resultat unserer Bemühungen. Um die 2. Hälfte dieser Zulage mußte 17 Monate lang in unzähligen Audienzen, Eingaben und sonstigen Demarchen gekämpft werden, bis die Regierung ihre Einwilligung gab. Dabei kam kein Centime Regierungsgeld zur Bestreitung der Kosten dieser sozialen Reform in Frage! Seit April 1926 ist eine 3. Zulage von 15 Fr. bewilligt, die bis heute jedoch trotz unserer Demarchen die Genehmigung der Regierung noch nicht gefunden hat.

Der Staatszuschuß steht heute noch auf 62,50 Fr. wie vor dem Kriege, und alle Bemühungen der Unabhängigen Gewerkschaften, seine Erhöhung zu erlangen, sind bisher gescheitert. Erst für die nächste Zeit ist eine Regelung der Frage in Aussicht gestellt.

In der letzten Sitzung des Ausschusses der Landesversicherungsanstalt traten wir für eine erneute Erhöhung der Renten, verbunden mit einer Beitragsreform ein. Die Arbeitgeber fehlten leider die Vertagung durch, die zuerst von den Vertretern der C. G. T. Gewerkschaften beantragt worden war.

Bei unserem Kampfe für die Besserstellung der Sozialversicherungsgenossen stießen wir immer auf den Widerstand des Argumentes, daß im übrigen Frankreich keine Sozialversicherung bestehe. Vor 1 1/2 Jahren widersetzte sich mit diesem Argument sogar der Sozialistenführer Antonelli in der Kammerkommission der Erhöhung des Staatszuschusses. (!) Beobachtet haben die französischen Arbeiter bis zum heutigen Tage noch keine Sozialversicherung, obwohl selbst die nach dem Kriege geschaffenen Staaten wie Polen und

Wohlfühlens sowie sämtlichen übrigen Völkern Europas längst im Genus dieser Errungenschaft sind? Die Antwort darauf ist leicht:

Die französische Arbeiterschaft ist zu schlecht organisiert und kann deshalb ihre Forderungen nicht durchsetzen.

Nicht viel besser als auf dem Gebiete der Alters- und Invalidenversicherung ist es auf dem Gebiete der Unfallversicherung

bestellt. Arbeitskammeraden, die vor dem Kriege einen Unfall erlitten, beziehen heute noch genau dieselben Rentenätze in Papierfrancs, die sie früher in Goldfrancs bezogen. Nur wenn sie mehr als 30 Prozent erwerbsbeschränkt und dazu noch bedürftig sind, erhalten sie eine Zulage, die höchstens einer Verdoppelung des früheren Rentensatzes gleichkommt. Mit anderen Worten: Die Unfallrentner der Vorkriegszeit haben heute noch den 6. Teil bis zu einem Drittel der Kaufkraft ihrer früheren Renten.

Bei den nach dem Kriege erlittenen Unfällen ist die Situation auch nicht rosig. Bis vor 4 Jahren betrug nämlich die Lohngrenze, bis zu welcher der Lohn voll angerechnet wird, noch wie vor dem Kriege 2250 Fr. und selbster steht sie auf 4500 Fr., während in Wirklichkeit entsprechend der Teuerung dieser Satz heute um die 15 000 schwanken sollte. Auf Grund dieser Bestimmungen ist für den Arbeiter, der sich heute einen Unfall zuzieht, der Rentenzug im Vergleich zur Vorkriegszeit mindestens durchschnittlich um den dritten Teil vermindert.

Die sonstigen Nachteile der Unfallgesetzgebung hier anzuführen, ist Platzmangel halber unmöglich. Et innersen wir nur daran, daß die Witwe eines tödlich verunglückten Arbeiters mit 10 Kindern keinen Centime mehr erhält, als wenn sie nur 2 Kinder hätte, daß die Unfallrenten der jugendlichen Arbeiter immer noch nach den sehr niedrigen ortsüblichen Tagelöhnen bemessen sind, usw. Ein zurzeit der Kammer unterliegendes Gesetzesprojekt wird zwar vielen dieser Mängel ein Ende bereiten, aber es ist leider noch immer nicht angenommen, denn in der Sozialversicherung läuft die französische Gesetzgebungsmaschinerie sehr langsam. Es brauchte bekanntlich 18 Jahre, bis

das 1882 niedergelegte Projekt über die Unfallversicherung in Frankreich endlich im Jahre 1900 Gesetz wurde!

Die Krankenversicherung

erreicht in ihren Leistungen auch nicht den Realwert der Vorkriegszeit. Die Grundlohnhöchstgrenze müßte heute auf 40 Franken stehen, in Wirklichkeit beträgt sie nur 25 Fr. Wir wollen jedoch anerkennen, daß im Verhältnis die Krankenversicherung noch am besten der Geldentwertung angepasst wurde. Aber auch auf dem Gebiet der Krankenversicherung gibt es noch viele berechtigte Arbeiterforderungen durchzuführen. Die Ausdehnung der Dauer der Krankengeldzeit, die freie Arztwahl, die Versorgung der Familienangehörigen usw.

Um andere Versicherungszweige, wie z. B. die Arbeitslosenversicherung, ist leider heute bei uns, abgesehen von Initiativen einzelner Gemeinden, nicht zu denken.

Für den weiteren Ausbau der sozialen Versicherungsrenten haben wir also der Forderungen noch genug. Zunächst gilt es, die Kaufkraft der Friedenszeit dieser Renten wieder zu erreichen und nachher sie darüber hinaus zu verbessern.

Dies wird nur gelingen unter Mitwirkung stark gefestigter Arbeiterorganisationen. Niemals hätten Arbeitgeber und Regierung gewagt, die berechtigten Arbeiterforderungen in solch hartnäckiger Weise abzulehnen, wie sie es in den letzten Jahren getan haben, wenn die elsass-lothringische Arbeiterschaft in geschlossener Front dagestanden hätte. Freiwillig wird nichts herausgerückt. Alles, was die Arbeiterschaft an sozialen Errungenschaften haben will, muß sie sich erkämpfen und Arbeitgeber und Regierung geben nur dann nach, wenn sie Angst vor der Arbeiterbewegung haben, wenn sie von einer starken Gewerkschaftsorganisation dazu gezwungen werden. Das zeigt das Beispiel sämtlicher Länder der Welt. Überall dort, wo die Gewerkschaftsorganisationen stark sind, ist auf dem Gebiete der Sozialversicherung für die Arbeiterschaft viel besser gesorgt, als in jenen Ländern, wo die Gewerkschaften nur schwach ausgebaut sind.

das Monopol, das der Saarbergbau als Arbeitgeber im Saarbecken hatte, durchbrochen durch die veränderten Verhältnisse, die die denkbar schärfste Ausnutzung der wenigen noch zur Verfügung stehenden Kräfte zum Gebot der Stunde machten. Die Methode der Abkettelung der Löhne, die bisher so ängstlich eingehalten worden war, mußte aufgegeben werden, wenn auch noch an der Form der unteren Lohngrenze in beschränktem Maße festgehalten wurde. In der Art der Lohnbemessung und Bemessungsgrundlage, der Lohnabrechnung und Lohnauszahlung änderte sich nichts.

Und nun entsteht, mitten in der Not der Zeit geboren, eine große Veränderung, die in die bisherige Lohnpolitik ein für den Saarbergbau völlig neues Moment, die *Mitwirkung der Gewerkschaften* bei den Lohnverhandlungen, brachte: Es war dies das Hilfsdienstgesetz von 1918, das endlich das verwirklichte, was die Gewerkschaften schon so lange ersehnt, um das sie soviel gekämpft und gelitten hatten. Zum erstenmal wurde den Gewerkschaften, als den Vertretern der Bergleute, ein unmittelbarer Einfluß auf die Lohnhöhe eingeräumt. Schlichtungsausschüsse wurden gebildet, ja sogar zur Gebirgsfestsetzung konnte ein Arbeiterausschuß herangezogen werden. Mit der autoritativ-patriarchalischen Lohnfestsetzung war also endgültig gebrochen. Diese Entwicklung, deren Folge eine neue, von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite festgesetzte Arbeitsordnung gewesen wäre, wurde durch den unglückseligen Ausgang des Krieges und die damit verbundene Besetzung des Saarbeckens durch die Franzosen jäh unterbrochen, ja sogar auf Jahre zurückgeworfen.

Aus der Jugendbewegung Es geht vorwärts!

In der letzten Nummer nahmen wir in einem Artikel „Rückblick — Ausblick“ Stellung zu den Notwendigkeiten innerhalb unserer Jugendbewegung im engeren Saarbezirk. Heute wollen wir an Hand eines Artikels, den die „Knappensjugend“ zu Beginn des neuen Jahres brachte, zeigen, daß es mit unserer Jugendbewegung im ganzen Keiche vorwärts geht. Diese Feststellung soll für uns an der Saar der Ansporn sein, mit vermehrten Kräften an der Erhaltung, sowohl der inneren wie äußeren, unserer Jugendbewegung zu arbeiten. Hören wir, was das Organ unserer Jugendbewegung sagt:

Das Jahr 1926 kann, gewerkschaftlich betrachtet, als ein Jahr engerer Gewerkschaftsarbeit bezeichnet werden. Auch freudiges Ergebnis haben wir erlebt. Als besondere Freudentage dürfen wir den vom 18. bis 20. April in Dortmund stattgefundenen

ersten christlichen Gewerkschaftskongress hervorheben. Aus allen Gebieten Deutschlands, von allen Ständen und Schichten wurden den christlichen Gewerkschaften Glückwünsche ausgesprochen. Auf diesem Kongress haben auch die für unsere Jugend wichtigen Fragen weitgehende Berücksichtigung gefunden. Nach dem Dortmunder Kongress hat die Jugendarbeit in der christlichen Gewerkschaftsbewegung einen allgemeinen Aufschwung genommen.

Für unseren Gewerksverein waren ferner die Tage unserer

18. Generalversammlung in Saarbrücken Tage der Erbauung. Noch heute steht allen Teilnehmern die gewaltige Kundgebung unserer Kameraden an der Saar in lebhafter Erinnerung. An der Spitze der 30 000 Kameraden, die sich im Festzug bewegten, marschierten 200 Jungknappen mit ihren Wimpeln und Bannern. Die Worte unseres Vorstehenden, Kollegen Imbich, in seinem Schlusswort: „Wir müssen uns — um unsere Jugend bemühen“, haben zum weiteren Aufstieg in unserer Jugendbewegung geführt.

Freudentage haben wir erlebt, als am 5. und 6. September in Eilen der erste Reichsjugendtag der christlichen Gewerkschaften stattfand. Es war eine impulsive Kundgebung, als im Saalbau die Kollegen Hoff, Kasser und Otte zu den dreitausend versammelten Junggewerkschaftlern über das Ziel und Streben unserer Bewegung sprachen. Unsere Jungknappen, besonders die des Ruhrgebietes, werden diese Tage nicht vergessen.

Als Abkühlung der Freudentage in unserer Jugendbewegung wollen wir unsere

3. Reichsjugendkonferenz in Königswinter in unserer Erinnerung wachrufen. Wohl selten hat eine Jugendkonferenz einen tieferen Eindruck hinterlassen, als unsere Konferenz in Königswinter. Durch die Teilnahme des Herrn Reichsarbeitsministers Dr. Brauns, des Herrn Reichspostministers a. D. Giesberts, des Kollegen Dr. Stegerwald und unseres Vorstehenden, Kollegen Imbich, hat die Konferenz eine besondere Bedeutung erlangt. Auch die gehaltenen Referate haben in der Öffentlichkeit weitgehende Beachtung gefunden. War es auch nicht allen Jungknappen vergönnt, diese Freudentage in unserer Jugend- und Gesamtbewegung mitzuerleben, so werden sie doch aus der Berichterstattung der Delegierten und den Berichten unseres „Bergknappen“, der „Knappensjugend“ und der Tagespresse die Freuden mitempfinden dürfen. Ja, fürwahr, das Jahr 1926 war ein Jahr der Freude in mancher Hinsicht.

Auch auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiete haben wir im vergangenen Jahr Fortschritte erzielt. Trotz des Strebens der Unternehmer, die Löhne aufzubauen, sind Lohnaufbesserungen erstritten worden. Der Tarifver-

Die Lohnpolitik auf den Saargruben

Unter preussisch-fiskalischer und unter französischer Verwaltung.

I.

Die Lohnpolitik der preussisch-fiskalischen Saargruben, d. h. alle Eingriffe in die Bedingungen der Lohnpolitik, durch welche Regelung der Lohnhöhe bezweckt wird, ging dahin, gesicherte und möglichst stabile Lohnverhältnisse zu schaffen. Dies geschah, indem sie dem Bergmann eine bestimmte Lohnhöhe zusicherte (den Normallohn), andererseits aber auch die Löhne nach oben begrenzte, indem Akkordüberschüsse in offener Form gekürzt wurden. Die eigentliche Lohnbemessungsgrundlage war also nicht die Leistung, sondern die Zeit. Dadurch verlor das Gedinge seinen Akkordlohncharakter und wurde zum Zeitlohn. Die Lohnmethode hatte also keinen wesentlichen Einfluß auf die Lohnhöhe, alleinbestimmend war der von der Bergverwaltung autoritativ festgesetzte Normallohn.

Wie die Bewegung der Löhne, so war auch die Bewegung der verfahrenen Schichten eine sehr gleichmäßige. Ihre Höchstziffer betrug z. B. vor dem Krieg 298, während die niedrigste Ziffer 283 war. Die Spannung ist also sehr gering. Die Durchschnittszahl für die verfahrenen Schichten betrug für den Zeitraum der Jahre 1898 bis 1913 298 gegenüber 311 im Ruhrgebiet.

Beim preussisch-fiskalischen Bergbau riefen die Schwankungen auf dem Kohlenmarkt keine ebenso starke Schwankungen in der Lohnhöhe hervor. Die Löhne fielen bei einer aufsteigenden Konjunktur langsam, während sie bei sinkender Konjunktur nur langsam oder überhaupt nicht fielen. Diese Tendenz hielt selbst noch in den Kriegsjahren an. Diese große Stetigkeit der Lohnhöhe unter der preuss.-fiskal. Verwaltung blieb aber nicht ohne Rückwirkung auf die Leistung. Große Schwankungen kamen also nicht vor, wie wir schon vorher gesehen haben. Diese Tendenz der Abkettelung war auch nur dem Saarbergbau eigen; denn z. B. der Ruhrbergbau richtete sich von jeher nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeits- und Kohlenmarkt. Im Saarbergbau orientierten sich die Löhne an dem Normallohn. Sie standen nie viel darüber oder darunter. Es war daher auch einem weniger geschickten Arbeiter ein gewisser Mindestlohn zugesichert, während ein guter Arbeiter trotz guter Leistung über einen gewissen Höchstlohn nicht hinauskam. Die Folge dieser Politik war, daß auch die Leistungen ziemlich gleich blieben. Da der Arbeiter selbst in Hochkonjunkturperioden über einen Höchstlohn, der nicht viel höher war als in schlechten Zeiten, nicht hinauskam, war auch kein Anreiz für ihn gegeben, die Konjunktur zu seinem Vorteil auszunutzen.

Andererseits war ihm aber auch in schlechten Zeiten ein Mindestlohn garantiert. Zudem wurden sehr selten Arbeiter in größerer Zahl abgelegt, eine Ein-

richtung, die noch auf das Direktionsprinzip, daß die unständigen Bergleute nur in der äußersten Not abgelegt werden dürfen, zurückgeht. Da auch nur selten Feiertage eingelegt wurden, so zeigte sich auch in dem vertraglichen Verhältnis diese Stetigkeit. Das Arbeitsverhältnis näherte sich dem Beamtenverhältnis. Dies beweist auch das Bestreben, die Löhne vom Standpunkt einer Karriere, eines Lebensganges aus ordnen zu wollen. Dieses Umgestalten des Arbeitsverhältnisses zu einem beamtenähnlichen, wäre nicht möglich gewesen, wenn die Arbeiterverhältnisse im Saarbergbau stark fluktuierende (wechselnde) gewesen wären. Die Produktion nahm zwar ständig zu, blieb aber weit hinter der Entwicklung des Ruhrbergbaus zurück. Produktion und natürliche Bevölkerungsentwicklung laufen beim Saarbergbau parallel, d. h. die Produktion nahm insoweit zu, als die Bevölkerung zunahm oder die Abbaumethoden verbessert wurden. Diese Tatsache ist auch später bei dem Gesetzesentwurf für die Schaffung eines „Offices des Mines Domaniales de la Sarre“ in folgender Formulierung enthalten:

„Unter der deutschen Verwaltung wurde die jährliche Produktion aus politisch-ökonomischen Gründen systematisch begrenzt.“

Zahlenmäßig kann man diese Behauptung beweisen, wenn man die Entwicklung des Anteils des Saargebets an der Gesamtförderung in Deutschland betrachtet. Danach betrug dieser Anteil 1898 noch 9,10 Prozent, 1913 dagegen nur noch 6,42 Prozent.

Durch den Krieg entstanden nun tiefgehende Veränderungen, die zwar vorerst noch ohne Wirkung auf das Lohnsystem blieben, die aber mit der Zeit, die großen Arbeitermangel brachte und dazu erhöhte Anforderungen an die Leistungen des einzelnen Arbeiters stellte, das ganze Lohnsystem erschütterten und es schließlich umgestalteten. Gleich im Jahre 1914 wurde die Belegschaft um zirka 60 Proz. vermindert durch Einziehung zum Heeresdienst und durch Einlegen von 8000 Arbeitern bei Besichtigungsarbeiten in Lothringen. Die Zusammensetzung der Belegschaft gestaltete sich nun von Jahr zu Jahr ungünstiger, da die besten Kräfte zum Militär eingezogen und als Ersatz jugendliche und unangebildete Arbeiter herangezogen wurden. Dazu kamen noch nicht-berufsmäßige Arbeiter und Kriegsgefangene. Zu all diesen Sorgen um die Beschaffung der nötigen Arbeitskräfte trat noch die Notwendigkeit einer starken Förderung, so daß im Gegensatz zu früher viele Neben- und Nebenarbeiten verfahren werden mußten. So kam es, daß zuerst in der Lohnhöhe Ausweichmaßnahmen gemacht werden mußten, um einen Anreiz zu erhöhter Leistung oder zur Arbeitsaufnahme in den Kohlenruben zu bieten, denn die Rüstungsindustrie mit ihrem großen Menschenbedarf zog jede verfügbare Kraft an sich (lohnpolitisch durch Erhöhung des Lohnes). So wurde

trag, den die Unternehmer befehligen müßten, ist erhalten geblieben. Das heiklungsbedingte Reichsknappschäftsgelezes hat statt eines Abbau weitere Verbesserungen gebracht. Wir Jungknappen müssen diese großen Erfolge in der rechten Weise zu werten wissen.

In unserer Jugendbewegung hat das Jahr 1928 eine allgemeine

Festigung des Gewerkschaftsgedankens

gezeitigt. Nachdem durch den unglückseligen Krieg und die Inflation unsere Jugendbewegung zurückgegangen, macht sich nunmehr in den verschiedensten Bezirken ein reges Leben bemerkbar. Unsere Mitgliederzahl hat sich in den letzten Monaten in mehreren Bezirken erhöht. Der emsigen Mitarbeit vieler junger Kameraden und der älteren Vorstandsmitglieder ist dieser Erfolg zuzuschreiben. Doch, wenn wir ehrlich sein wollen, müssen wir zugeben, daß der Erfolg noch hätte größer sein können. Wie manches Vorstandsmittglied und wie viele Kameraden haben sich um den Aufstieg unserer Jugendbewegung nicht gekümmert. Mühen nicht diejenigen, die im verflochtenen Jahre nicht einen einzigen Unorganisierten dem Gewerkschaftszugeführer haben, sich im Stillen einen Vorwurf machen? Es zengt auch von mangelndem Pflichtgefühl, wenn die „Knappenjugend“ unpolitisch ausgeht und die Berichte der Jugendabteilung der Bezirksleitung zu spät einreicht werden. Wir wollen doch Kämpfer und opferfreudige Mitarbeiter in unserer Bewegung sein. Kämpfer sein, heißt, die Idee des Gewerkschafts verteidigen und für sie werben. Daran wollen wir denken im neuen Jahre.

Maschinen statt Menschen

Von Zeit zu Zeit bemerkt man in Deutschland ein gewisses Wetterleuchten. Die Herrenmenschen der Industrie verfügen über gewisse Trabanten, welche in ihrem Uebermaß und ihrer krankhaften Sucht nach Geltung der Öffentlichkeit zeigen, was sie von der Arbeiterschaft halten bezw. wie hoch sie den Menschen Arbeiter einschätzen. Bekannt sind die Aeußerungen des Prof. Schwemann von der Techn. Hochschule in Aachen, die er an der Hochschule vor einem ausserordentlichen Zuhörerkreis machte. Der Herr Professor empfahl nämlich den Werkbesitzern, unter allen Umständen Maschinen einzusetzen, ohne Rücksicht auf die Rentabilität derselben; denn, so führte der Herr Professor aus, Maschinen kosten keine hohen Knappschäftsbeiträge und brauchen keine teuren Siedlungswohnungen, sie brauchen nur ein bißchen Schmieröl. Wir überlassen es unsern Mitgliedern und Lesern, die Frage zu beantworten, wie weit die Ansicht des Professors noch von derjenigen entfernt ist, die noch Leibeigenschaft und Sklavenhandel vertritt. Jedenfalls hat die von Herrn Prof. Schwemann vertretene Behauptung mit Christentum und volkswirtschaftlicher und staatspolitischer Kenntnis und Klugheit nichts gemein.

Die Forderung des Prof. Schwemann, Maschinen anstatt Menschen, ist längst erfüllt. Ja, noch mehr! Mit aller Macht wird danach gestrebt, den Bergmann rechtlos zu machen. Die Löhne sind vielfach im Bergbau niedriger wie in anderen, sogar in ungelerneten Berufen. Sogar die soziale Versorgung der Bergleute, welche infolge der ungesunden und aufreißenden Berufsarbeit recht früh in Erscheinung tritt, war bis zum Erlaß des neuen Reichsknappschäftsgelezes eine genügende. Dem Staat als Besitzer der Mineralien kann der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß er in der Vergangenheit dem Bergmannsstand, als der Arzelle unserer heutigen Wirtschaft, gegenüber keine Pflicht nicht gelan hat. Er war in der Krisenzeit, wo der

Welcher Beitrag muß bezahlt werden?

Darüber orientiert ganz genau nachstehende Satzungsbestimmung. Sie ist für jedes Mitglied bindend. Die Generalversammlung, die oberste Instanz des Gewerkschaftsvereins, die sich zu zwei Dritteln aus Vertretern der Mitglieder zusammensetzt, hat sie festgesetzt. Diese Satzungsbestimmung muß beachtet werden. Jedes Mitglied muß den Beitrag leisten, der dem verdienten Lohne entspricht. Der Absatz 2 des § 12 legt diese Regel fest. Er lautet (auszuschneiden und aufheben):

„2. Der w ö r t l i c h e Beitrag beträgt:

in Beitragssoll.	Lohn	Beitrag
1	bis zu 9,— Fr.	1,— Fr.
2	von 9,— bis zu 13,— Fr.	1,50 Fr.
3	von 13,— bis zu 17,— Fr.	2,— Fr.
4	von 17,— bis zu 21,— Fr.	2,50 Fr.
5	von 21,— bis zu 25,— Fr.	3,— Fr.
6	von 25,— bis zu 29,— Fr.	3,50 Fr.
7	von 29,— bis zu 33,— Fr.	4,— Fr.
8	von 33,— bis zu 37,— Fr.	4,50 Fr.
9	von 37,— bis zu 41,— Fr.	5,— Fr.

Bei weiterem Steigen der Schichtverdienste erhöhen sich die Beiträge für je 4,— Fr. Lohn um weitere 0,50 Fr.“

Bergbau sich wirklich in einer gewissen Notlage befindet, verpflichtet, die soziale Versorgung des Bergmanns und seiner Angehörigen auf der Höhe zu halten. Kann man angesichts der heutigen Zustände im Bergbau, die ich hier im einzelnen nicht zu schildern brauche, von einem Radikalismus bei den Bergleuten reden? Wir stellen natürlich die kommunistischen Parzelsäume und die Phrasen anderer, außerhalb jeder Gewerkschaftsbewegung stehenden Maulhelden nicht in Rechnung. Sind die Bestrebungen Imbusch in bezug auf einen möglichst guten Ausbau des Reichsknappschäftsgelezes im Sinne der Bergleute als übertrieben zu bezeichnen? Was will Imbusch? Nichts weiter, als neben anständigen, von der Bergwerkswirtschaft tragbaren Arbeits- und Lohnverhältnissen eine Krankheits-, Alters- und Hinterbliebenenversorgung, die dem Bergmann die Ueberzeugung, Mensch zu sein, nicht raubt, und die ihm seinen schweren Bedarf erträglich macht. Ist das Radikalismus? Es ist vielmehr Pflicht der Allgemeinheit, den gesamten Bergmannsstand sozial sicherzustellen. Staat und Reich haben namhafte Beiträge einzelnen Industrieunternehmungen zwecks Aufrechterhaltung ihrer Existenz zur Verfügung gestellt. Dagegen kann nur bedingt etwas eingewendet werden. Aber das Fundament der Industrie, den Bergmann, will man anders behandelt wissen.

Herr Prof. Schwemann mag sich aber von einem alten Bergmann, der einst unter seinem Kommando die Kohlenhade schwang, sagen lassen, daß sein Sturmruß, Maschinen statt Menschen, auch wenn die Maschinen nicht rentabel sind, im patriotischen Handwörterbuch nicht zu finden ist. Er ist wohl bei denen zu finden, die früher nur am Kaisergeburtstag und am Bergmannsfest in glänzender Uniform das Gotteshaus sich von innen ansahen und in der Zwischen-

zeit durch eine sehr hohe Bergmannsmöhe ihren Patriotismus zu beweisen suchten. Alle anderen, besonders aber die christlich-organisierten Bergleute, lehnen seine Ansicht ab. Sie paßt wohl in den Materialismus unserer Zeit, der nur Stoff und Materie kennt, und dem leider ja auch noch viele Bergleute zubeihen. Ein Beweis für die Richtigkeit der von den christlichen Gewerkschaften vertretenen Grundzüge, eine Warnung für die Gegenseite.

Dem gesamten Bergmannsstand sei aber dieses fortgesetzte Wetterleuchten am „industriellen Himmel“ ein sicheres Zeichen für das dahinter kommende Gewitter. Großtuerer, Veltwilerer in der Dessenlichkeit, auf der Eisenbahn oder sonstwo, hilft uns nur nichts, sondern schadet uns ungemein. Nur Handeln und erträgliche, zielbewusste Opferwilligkeit und äußerste Anstrengung für Durchbringung der Wirtschaft mit christlichen Grundzügen kann den gesamten Arbeiter-, besonders aber den Bergmannsstand retten. Und gerade wir Alten, die wir auch in der Zeit der Organisationslosigkeit mit offenen Augen lebten, sind zuerst berechtigt, diese Mahnung auszusprechen.

(„Der Bergknapp“.)

Rechtskonsulenten als Vertreter der Knappschäftsmitglieder in der Sozialversicherung

Es gab seit langen Jahren Menschen, die ihre Existenz durch Einrichtung von „Rechtsschubbüros“ zu sichern suchten. Vielfach wurden die Knappschäftsmitglieder hier rechtlich geschützt und zudem noch falsch beraten. Die Büroszeit dieser Einrichtungen ging mit dem Ersinken der Arbeiterorganisationen, die die Rechtswelt und die Vertretung ihrer Mitglieder durch besondere Einrichtungen übernahmen, schnell vorüber. Wohl durch die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse verurteilt, blüht vorübergehend der Weisen dieser Einrichtungen ergötzt. „Rechtsschubbüros“ sind in letzter Zeit an vielen Stellen eröffnet worden. Dabei hat sich auch wieder gezeigt, daß das Sprichwort: „Die Dummen werden nicht alle“, noch keine Berechtigung hat. Meistens sind es unorganisierte Bearbeiter oder deren Angehörige, die solche Einrichtungen in Anspruch nehmen und von diesen dann ausgiebig geschädigt werden. Uns sind Fälle bekannt geworden, in denen für Schrittsätze von 1 bis 2 Seiten 25 Mark (Hans- und Antonia Mark) gezahlt werden mußten. Für die noch der „notwendigen“ persönlichen Vertretung am Oberberufungsamt mußten ähnliche Beträge entrichtet werden. Dabei stellte sich dann sehr oft heraus, daß diese Vertreter nicht einmal über die einfachsten Bestimmungen der sozialen Gesetzgebung unterrichtet waren. Enttäuscht, mit geleertem Geldbeutel, mußten die Klienten solcher Einrichtungen nachher einsehen, daß sie in die „richtigen“ Hände geraten waren. Zahlensam hätten sie recht oft von den oberleitenden Summen die Beiträge zur Organisation zahlen können. Wie die Leistungen dieser „Rechtsschubbüros“ manchmal ausfallen, zeigen folgende Sätze:

„Ich bin von dem Bergmann J. S. beauftragt, einen Antrag einzureichen auf Invaliditätsversicherung, sowie die Befreiung der aus der Pensionkasse zu erwährenden Unterhaltungs. Es ist schon vom Tage meines Eintritts der Pensionkasse auf Chronisches Leiden kranklich und Arbeitsunfähigkeit. Mein chronisches Leiden besteht aus Magen- und Darmleiden. Ich stelle folgenden Antrag, den Bergmann S. eine angemessene Rente zu bewilligen. Wir bitten deshalb die allgem. Reichsknappschäfts- und Bochum eine weitere Information zu erteilen.“

Hochachtungsvoll

ges.: (loist Rome).

Rechtsbeistand.

Das ein solcher „Rechtsbeistand“ erfolglos arbeitet, muß ist ganz klar. Die Geldscheine, welche für solche An-

Die Rache des Schleppers

Ja zweiter Abteilung in Akerstischer
Sicht etwas zu Berge die Schone.
Da wähl'n sich die Schlepper und schwingen gar sehr
Und schimpfen nach eigenem Plane.

Hans Guppert, der schleppte fünf Wochen dort,
Frei Rattes nur bracht' es zu Tagen,
Jup Lange, der hatte ein großes Wort
Und — Napote zusammen am Wagen.

Da tat denn der Steiger den Volksweg hin,
Den Volksweg mit kräftigen Knochen,
Judem er ihm als Mehrgemian
Fünf Wenig pro Wagen versprochen.

Die Haue verdrückten am Stohr sich,
Rahm auf seine Arbeit der Junge.
Ich lieber rettete Schlemmig mich
In die Stroffe mit mutigem Sprunge.

Rau dachte der Steiger einß still für sich:
Veruppt' ich auch ihn im Gedinge,
Ich triech in dem Wagen, damit er mich
Hinauf an die Bremsle bringe.

Gedacht, war getan. Der Volksweg spannt
Sich hurtig hinter den Wagen.
Rau ist auf einer Stelle die Wand
Brenzungsgekommen im Tengen.

Da hemmte der Volksweg den raschen Bau
Und wippte — als hab er's geschworen —
Den schweren Wagen und lippte ihn auf,
Als sei an den Fels er gestoren.

Wie hat in der Enge der Steiger geschwigt,
Der bald schon sein Loos berents!
Und wenn ihn noch keiner hat freigeipigt,
Dann ist er im Wagen noch heute.

B. Kelling.

Brandherde

Von Ludwig Kelling.

Nicht allzuweit von dem dichtgedrängten Arbeiterortlettel einer Industriestadt lag eine größere Kohlenzeche. Ihr Direktor war ein junger, unternehmungslustiger Mann, der es wirklich mit Werk und Arbeiterschaft gut verbatte. Es schmerzte und empörte ihn darum sehr, daß es immer wieder zu Unfällen und Ausständen kam und daß seine Leute gegen ihn eine so feindliche Haltung einnahmen. Zur Zeit war im Verlaufe der Kohle eine Pläne eingetretten. Um es aber nicht zu Fehlschlägen kommen zu lassen entschloß er sich, die gefährdeten Kohlen, soweit sie nicht verfaulten wurden, auf der halbe anfschütten zu lassen. Mit Eintreten des Winters hoffte er dann, da es sich um den als Stubenbrand geschätzten Anthrazit handelte, die Kohle wieder ablegen zu können. Er hatte sich getäuscht. Der Winter verging, aber noch immer lagerte der geschaltene Kohlenhaufen. Da nahm man denn eines Tages wahr, daß sich die Kohle entzündet hatte. Mächtige, nach Schwefel-

plandende Schwaden stiegen auf und wurden besonders bei Regenweiter der Umgebung schlier zur Unertüglichkeit.

Trüben Sinnes sah der Direktor in seinem Arbeitszimmer. Er hatte alles mögliche versucht, dem Brande Einhalt zu tun. Unionsl. Kosche Abfuhr konnte nur noch retten, was zu retten war. Nun hatte sich eine Firma bereit erklärt, gegen verminderten Kaufpreis einige tausend Tonnen abzunehmen. Aber da drohten seine Leute wieder mit einer Arbeitseinstellung. Verdrossen folgte sein Bild dem wieder stärker ansteigenden Qualm. Er nahm die Richtung nach der Stadt und lagerte wie eine Wetterwalle über dem Arbeiterortlettel. Ja, dort wohnten die meisten seiner Leute, die alles Verzicht zum Jahre gerade jetzt wieder gegen ihn Stellung nahmen! Warum mußte das sein? Sämtlich, in den engen düsternen Gassen, in den kumpfen, niedrigen Räumen der Keller- und Dachwohnungen konnte die Arbeitsluft nicht aufkommen, mußte der glimmende Funke des Großen zur lodernnden Flamme des Aufstandes ausschlagen, mußte es, naturgemäß, wie ich in dort auch die aufgeschichtete Kohle in der drückenden Enge leicht versetzt. Hier wie dort blick es, die Brandherde des heiligen, bessere Verhältnisse schaffen, und wenn möglich dann Zustände, wie er sie selbst erlebte, nicht wiederleben.

Schnell entschlossen betrieb er die Führer der Belegschaft zu kurzem Rat: der Streik wurde vermieden, die Kohle gelangte zum Abtransport, und brauchen, nicht allzuweit der Zeche, begann bald eine rege Bautätigkeit.

Heute gilt die Zeche mit ihren schmutzen Arbeiterhäusern und den mittlerweile ausverkauften Funken als Kellereobehälter für Kohle, als Musterzeche. Nirgendwo aber im ganzen Revier gibt es eine zufriedener Arbeiterchaft.

beiten betrauert werden. Vaterlaffen nicht einmal soviel Gehalt oder Erlofa, als wenn sie verbrannt worden wären.

Es soll sogar noch organisierte Bergleute geben, welche sich von solchen „Rechtsbeiständen“ betrauern lassen. Es ist sogar vorgekommen, daß ein solcher Kamerad, nachdem er etwa 100 Mark auf diese Art losgeworden und dann zur Einsicht kam, von unheimlich Rechtschuhdsamten verlangte, daß er den verfahrenen Karren aus dem Dreckschlebe. So etwas ist natürlich fast nie, oder doch nur in den allerletzten Fällen möglich. Was einmal verborben, zumunsten des Versicherten entschieden, läßt sich nicht mehr gutmachen. Wer sich also vor Schaden bewahren will, der weiche diese Flutrichtungen.

Diese Feststellungen lesen wir in unserem „Veranstaltungen“. Wir bringen sie nach unsern Kameraden mit Kenntnis, weil auch im Saargebiet solche Menschen für Namen zu finden, die manchem Sozialdemokraten die Taschen erleichtern, ohne irgend einen Erfolg zu erzielen. Wer sich eine gute Rechtsvertretung sichern will, muß als offizier Beamter Mitglied des Gewerksvereins werden und diesen bis zum Lebensende treu bleiben.

Rohlenwirtschaft-Rohlenförderung

Entwicklung des englischen Bergbaues seit Abbruch des Arbeitskampfes

Trotz der umfangreichen Reparatur- und Vorrichtungsarbeiten, die im englischen Bergbau nach der lebenswichtigen Unterbrechung der Förderung durch den Arbeitskampf notwendig geworden sind, hat sich die Kohlegewinnung in den wenigen seit der allgemeinen Wiederaufnahme der Arbeit vergangenen Wochen weit günstiger entwickelt, als das von allen Beteiligten vorher für möglich gehalten wurde. Obwohl die Unternehmer in den einzelnen Betriebsabkommen keinerlei Zusagen hinsichtlich der Wiedereinstellung der am Arbeitskämpfe beteiligten gewesenen Bergarbeiter gemacht haben, sind sie unablässig bemüht, die Belegschaftsmittel auf dem schnellsten Wege und in möglichst großer Zahl wieder einzustellen, um die Förderung ohne jeglichen Verzug wieder auf die normale Höhe zu bringen. Wie die nachstehenden amtlichen Zahlenangaben im einzelnen erkennen lassen, ist die Belegschaftstärke seit der allgemeinen Wiederaufnahme der Arbeit sprunghaft in die Höhe gegangen. Dieser Anstieg, sowie die allgemeine Schichtverlängerung, die für etwa ein Drittel der englischen Bergarbeiterchaft eine halbe Stunde und für die verbleibenden zwei Drittel eine Stunde beträgt, hat die Förderergebnisse in den letzten Wochen sehr günstig beeinflusst. Die britische Förderung nähert sich immer mehr ihrer normalen Höhe. Doch ist bei einem Vergleich der jetzigen Förderung mit der Kohlegewinnung in den letzten Monaten vor Ausbruch des Arbeitskampfes zu berücksichtigen, daß die Gewinnung im Frühjahr 1926 wegen des damals allgemein im In- und Ausland zum 4. Mai 1926 befristeten englischen Bergarbeiterstreiks eine ungewöhnliche Höhe erreicht hatte. Es erscheint daher angelegentlich, bei einem Vergleich die Durchschnittsförderung des Vorjahres zugrunde zu legen. Dann ergibt sich für die Entwicklung der britischen Kohlegewinnung und der Belegschaftstärke in den seit der allgemeinen Wiederaufnahme der Arbeit bisher vergangenen Wochen, verglichen mit dem Wochenbruchschnitt des Vorjahres, folgendes Bild:

Zeitangabe	Belegschaft		Förderung	
	Köpfe	1925-26	1925	1925-26
Wochenbruchschnitt 1925	1.088.000	100	4.744.000	100
1. Oktoberwoche 1926	280.000	24	1.218.000	26
2. "	278.100	26	1.367.000	29
3. Novemberwoche "	398.600	37	1.577.000	33
4. "	338.700	31	1.779.000	38
5. "	376.470	35	2.024.000	43
6. "	455.000	42	2.334.000	49
7. Dezemberwoche "	730.100	67	3.226.100	68
8. "	886.500	81	4.467.000	94
9. "	952.400	86	4.878.000	103

Danach hat sich die Belegschaft innerhalb weniger Wochen bis auf 925.400 Mann unmittelbar vor Weihnachten wieder erhöht, während sie im Wochenbruchschnitt des Vorjahres (1925) 1.088.000 Köpfe zählte. Noch stärker ist, indessen die Förderung während der letzten Wochen gestiegen. Unmittelbar vor Weihnachten, nämlich in der mit dem 18. Dezember schließenden Woche, hat sie, wie aus den vorstehenden Zahlen ersichtlich, bereits die durchschnittliche Wochenförderung des Jahres 1925 erreicht und überstiegen. Während die Belegschaft in der genannten Woche noch hinter dem Wochenbruchschnitt des Jahres 1925 um 15 Prozent zurückblieb, hat die Förderung der gesamten Woche die durchschnittliche Wochenleistung im Jahre 1925 bereits um 3 Prozent überstiegen. Blau somit schon die bisherige Entwicklung als außergewöhnlich günstig bezeichnet werden, so ist zweifellos noch mit einer weiteren erheblichen Fördersteigerung in der nächsten Zukunft zu rechnen, wenn die durch die lange Arbeitsruhe notwendig gewordenen und in vielen Revieren zurzeit noch in Gang befindlichen Reparaturarbeiten in den Gruben und an den Hebertageanlagen erst einmal beendet sind. J. K.

Kohlenproduktion Deutschlands bis November 1926

Die Steinkohlenförderung Deutschlands hat bis November 1926 eine gewaltige Steigerung erfahren. In den elf Monaten des vergangenen Jahres wurden bereits über 11 Millionen Tonnen Steinkohlen gefördert gegen 121 Millionen Tonnen im Vorjahr. Im einzelnen nahm die bergmännische Produktion von Januar bis November nach den Angaben des Statistischen Reichsamtes folgende Entwicklung:

Gebietsumfang	Steinkohlenförderung	Braunkohlenförderung	Kohleproduktion	Braunkohlebetrags
Deutsches Reich ohne Saargebiet	181.587.640	128.680.909	23.450.141	90.237.368
Deutsches Reich (Schlager Gebietsumfang ohne Saargebiet) 1925	121.981.827	127.077.337	24.576.691	90.710.857
Deutsches Reich (Schlager Gebietsumfang ohne Saargebiet) 1926	130.047.000	79.741.825	33.988.216	19.684.950

Die Steinkohlenförderung im November betrug 12.495 Millionen Tonnen. Rechnen wir für Dezember die gleiche Förderung, dann dürfte mit einer Jahresproduktion an Steinkohlen für 1926 von etwa 145 Millionen Tonnen zu rechnen sein.

Förderung und Beileitthherstellung in den mittel-deutschen Braunkohlenrevieren

Das Mitteldeutsche Braunkohlensyndikat hat in seinem Geschäftsbericht für 1925/26 die Förderziffer Mitteldeutschlands bekanntgemacht. Ueber die Entwicklung der Kohlenförderung und Beileitthherstellung gehen folgende Zahlenangaben Auskunft.

Förderung im mitteldeutschen Braunkohlengbiet.			
Revier	1924/25 Tonnen	1925/26 Tonnen	Unterschied gegenüber 1924/25 in v. H.
Borna	82.3454	8.742.658	+ 6
Meuselwitz-Rositz	8.133.029	8.438.050	+ 4
Lützenau	8.57.094	6.798.881	- 4
Merseburg	10.820.253	10.991.364	+ 7
Halle	1.561.970	1.535.805	- 2
Oberböblingen	2.029.154	2.063.529	+ 1
Bitterfeld-Anhalt	9.610.845	9.031.238	- 3
Helmsriede-Magdeburg	7.062.384	7.118.728	+ 1
Kassel	1.402.171	1.450.887	+ 3
Gesamt-Syndikat	54.931.354	57.000.328	+ 4

Beileitthherstellung im mitteldeutschen Braunkohlengbiet.

Revier	1924/25 Tonnen	1925/26 Tonnen	Unterschied gegenüber 1924/25 in v. H.
Borna	2.735.683	2.862.933	+ 4
Meuselwitz-Rositz	2.890.188	3.019.043	+ 6
Lützenau	1.330.244	1.903.270	+ 4
Merseburg	2.470.402	2.682.116	+ 9
Halle	238.700	215.044	- 3
Oberböblingen	331.628	337.883	+ 1
Bitterfeld-Anhalt	889.497	832.985	- 1
Helmsriede-Magdeburg	1.187.175	1.264.571	+ 7
Kassel	79.875	100.084	+ 25
Gesamt-Syndikat	12.645.351	13.263.440	+ 5

Zu diesen Angaben bemerkt der Syndikatsbericht: Bis auf das halleische Revier, das gegenüber dem Geschäftsjahr 1924/25 einen geringen Förderrückgang aufzuweisen hat, ist in allen Revieren die Produktion gestiegen, und zwar am stärksten im Merseburger Revier, wo die Mehrförderung über 600.000 Tonnen betrug. An der Produktionssteigerung von 50 Millionen Tonnen im Geschäftsjahre 1925/26 auf 57 Millionen im letzten Geschäftsjahre sind die Reviere in fast gleichem Maße beteiligt. Nur das Bornauer und Magdeburger Revier machen eine Ausnahme. Während letzteres seinen Anteil an der Gesamtförderung von 12 auf 15 v. H. erhöhen konnte, ist der Anteil des Magdeburgers Reviers von 14 auf 12 v. H. zurückgegangen. Eine ähnliche Entwicklung ist bei der Beileitthherstellung zu beobachten. Auch hier hat der Anteil des Bornauer Reviers nicht unbedeutend zugenommen, während das Magdeburger Revier einen Rückgang zu verzeichnen hat. Bei den übrigen Revieren haben keine nennenswerten Veränderungen stattgefunden. Erwähnt sei noch, daß im halleischen Revier, das bereits im Vergleich zum vorhergehenden Geschäftsjahr weniger Kohle gefördert hat, auch die Beileitthherstellung zurückgegangen ist.

Von den Arbeitsstätten der Kameraden

Grube Illsburg. In Steigerabteilung 1 regiert ein Steiger Kobmeter. Seinem Namen wohl er allerdings keine Ehre, soweit die Arbeiter in Frage kommen. Als eine Spezialität betrachtet er es, die Arbeiter gegeneinander aufzuheben und diejenigen mundtot zu machen, die sich auf den Rechtsboden stellen. Der Arbeiter gilt ihm — nach seinen Aussagen — nicht mehr als ein Grubenstempel. (1) Seine Amtsvorgesetzten, die aus dem Saargebiet stammen, bezeichnet er auch mit allerlei Kosenamen. Ein Wicum-Ontel darf sich so etwas ja erlauben! Den Kameradschaften stellt er einfach nach Gutdünken die Kohlenförderung ein, wenn der Bergewerks nach seiner Meinung nicht in Ordnung ist. Dabei trifft ihn die Schuld, weil er nicht für das Heranschaffen genügender Bergemengen sorgt. In den Monaten November-Dezember 1925 suchte er den Kameraden das Streckengedänge zu streichen, indem er am Monatsende die Weiterzahl nicht aufnehmen wollte, obwohl Streckengedänge auf dem Gebirgsstiel vereinbart stand. Der obere Verwaltung gegenüber weig er sich anders einzustellen. Ist da für Dienstag, den 28. Dezember 1925, eine Befahrung angesetzt. Da lag er am 27. Dezember auf Nachmittags 16 Welterkatten von Tage in die Adt. 1 transportieren für die Sternberge 4 und 5. Die Latten

wurden eingebaut und als tags darauf die Befahrung vorbel war, da wurden sie — wieder ausgebaut. (11) Die Latten mußten von 6 Bauern wieder über Tage verbracht werden. Die in den Sternbergen beschäftigten Kameraden können nun wieder in Pulverdampf und Staubschlack arbeiten. (Diese mühten sich geschlossen mit dem Sicherheitsmann höheren Orts über ein solch unerhörtes Handeln beschwerten. Die Red.) Hoffentlich genügen nachsehende Stellen der Verwaltung, hier mal nach dem Rechten zu sehen, andernfalls wir noch etwas tiefer in unsere Materialmappe greifen mühten.

Leserbrief. In der Hauer Johann Waller, Sulzbach, Wilhelmstraße 22, zur Verlegung von Grube Hirschbach nach Meina. Meldung beim Kameraden.

Dankagung. Die Sammlung, die im Monat Dezember die Zahlstelle Köln für mich veranstaltete, ergab den Betrag von 283,- M. Sage allen edlen Spendern an dieser Stelle herzlichsten Dank.

Matthias Kasper, Zahlstelle Köln-Sellerbach.

Nachruf. Am 3. Januar starb unser Mitglied Kurt Schweig 1. Er war Mitgründer der Zahlstelle und gehörte ihr ununterbrochen über zwei Jahrzehnte als Mitglied in aller Treue an. Als christlicher Gewerkschaftler rechnete er es sich immer zur Ehre an, in vorderster Linie für seinen Stand zu kämpfen. Die Zahlstelle betrauert seinen Heimgang und wird ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. Der Vorstand der Zahlstelle Wellesweiler.

Der Kamerad August Wagner wurde uns durch den Tod entzogen. Er konnte auf eine 40jährige Berufstätigkeit und eine langjährige Mitgliedszeit beim Gewerksverein zurückblicken. In Treue stand er allezeit fest zum Gewerksverein. Sein Andenken wird die Zahlstelle immer in Ehren halten. Der Vorstand der Zahlstelle Wellesweiler.

Am 31. Dezember starb im Knappschaftsazarett Sulzbach unser Kamerad Jakob Werth. Er starb an den Folgen einer am 28. Dezember erfolgten Verunglückung in der Grube. Werth war einer der ersten, die im Saargebiet dem Gewerksverein sich als Mitglied anschlossen. Ueber 20 Jahre hielt er treu zur Fahne des Gewerksvereins. So verlor er einen treuen und mutigen Kämpfer. Sein Andenken wird die Zahlstelle immer in Ehren halten. Der Vorstand der Zahlstelle Niedersaubach.

Bekanntmachungen

Inhaltsverzeichnis 1926. Zahlstellen und Kameraden, die den Jahrgang 1926 des „Saarbergknappen“ gesammelt haben, können Inhaltsverzeichnisse von der Geschäftsstelle in Saarbrücken beziehen.

An alle Mitglieder! Es wird hiermit erneut zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß in Saarbrücken nur Dienstage und Freitage jede Woche Rechtschutz erteilt wird. Die anderen Tage sind für auswärtige Erteilung des Rechtschutzes und die schriftliche Bearbeitung der vorgebrachten Fälle vorgesehen. Wir bitten alle Mitglieder dringend, sich an diese Einteilung zu halten.

Sodann wird gebeten, die Rechtschutzfälle möglichst selbst vorzubringen. Oft wird ein anderer Kamerad mit dem Vorbringen beauftragt, der dann nicht in allen notwendigen Einzelheiten Bescheid weiß. Das führt zu unliebsamen Verzögerungen oder auch zu falschen Auslegungen. Also möglichst selbst seine Angelegenheiten zu den festgesetzten Rechtschutzstunden auf den einzelnen Büros vorbringen.

Weiter ist unbedingt darauf zu halten, daß jeder Rechtschutzsuchende sich durch sein Mitgliedsbuch ausweist. Wer ohne Ausweis kommt, wird zurückgewiesen.

Rechtschutz im Unterbezirk Saarbrücken

Köln-Sellerbach: jeden Dienstag ab 2 Uhr bei Wirt Kapp.

Sulzbach: jeden Dienstag ab 9 Uhr vorm. bis 6 Uhr nachm. bei Wirt Langensfeld.

Quetschied: jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat von 2 Uhr ab bei Wirt Joh. Martin.

Güchenbach: jeden Mittwoch von 9 bis 8 Uhr bei Wirt Deckelnd.

Heusweiler: jeden Donnerstag ab 2 Uhr bei Wirt August Milmeler.

Louisenthal: jeden zweiten und vierten Freitag ab 2 Uhr bei Wirt Kessler.

Die angegebenen Termine sind genau einzuhalten. Die Mitglieder des Unterbezirks Saarbrücken mögen sich diese Bekanntmachung anzuheben.

Der 1. Wochenbeitrag (Woche vom 16. bis 22. Jan.) ist in dieser Woche fällig.

Für die Redaktion verantwortlich: F. Rietz. Vert. des Gewerksvereins christl. Bergarbeiter Deutschlands. Druck: Saarbrücker Druckerei und Verlag A. G.